

Transformativer Realismus für die Fortschrittskoalition

von Marc Saxer¹

Im progressiven Lager wurde in den letzten Jahren leidenschaftlich über den richtigen Weg zu neuer Stärke gestritten. Jenseits fruchtloser Kulturkämpfe ging es dabei um drei Richtungsentscheidungen.

Erstens, ob die grenzüberschreitenden Ströme von Waren, Produktion, Menschen, Daten und Geld segensreich sind, oder begrenzt werden sollten, um die sozialen Verwerfungen von Globalisierung, Automatisierung und Migration abzufedern. Mit der Verabschiedung des „Sozialstaatspapiers“ gelang es den Sozialdemokraten, ein Jahrzehnt innerparteilicher Flügelkämpfe durch einen Kompromiss zu beenden. SPD und Grüne rückten nach den Jahren „neoliberaler Verirrung“ auf der materiellen Verteilungsachse wieder spürbar nach links, und nahmen damit der Linken die Luft zum Atmen.

Zweitens wurde entlang der kulturellen Anerkennungsachse darum gestritten, ob die gesellschaftliche Linke heute die diskriminierten People of Color oder die abgehängten weißen Arbeiter zu vertreten habe. Während der Streit um die Identitätspolitik Die Linke zerreißt, gelang es der SPD, ihre identitären Stämme unter dem Banner des „Respekts“ zusammenzuführen. Die homogenere Lebenswelt der Grünen war zwar begeistert von der Aufstellung einer Kanzlerkandidatin; zugleich vereitelte dieser Schachzug die hochfliegenden Pläne, aus dem linksliberalen Milieu auszubrechen und zur Grünen Volkspartei aufzusteigen.

Nach all dem Gezerre zwischen „Linken und progressiven Neoliberalen“ bzw. „Kosmopoliten und Kommunitaristen“ war es am Ende die Strategie der Brücke zwischen den Lebenswelten, die bei den Wählerinnen und Wählern die Nase vorn hatte.

Entscheidender war jedoch eine andere Frage: wem trauen die Wählerinnen und Wähler

zu, die Gesellschaft kompetent und sicher durch die großen Umbrüche zu manövrieren? Nach dem Motto „Keine Sorge, Mutti wird's schon richten“ bestreitet die Union seit Jahren, dass sich etwas Grundlegendes ändern muss. Spätestens in der Coronakrise dämmerte es jedoch vielen Bürgerinnen und Bürgern, dass es so wie bisher nicht weitergehen kann. In den Finanz-, Euro- und Coronakrisen hat das Allheilmittel des Marktes an Überzeugungskraft verloren. Wie geschwächt die Fähigkeiten des Staates zur Krisenabwehr sind, zeigte sich in der Flüchtlingskrise, der Pandemie und der Afghanistan-Evakuierung. Die Bürgerinnen und Bürger wissen also, dass nach den Jahren des Stillstandes große Veränderungen anstehen, fürchten sich jedoch zugleich vor allzu viel Instabilität in ihrem Leben. Nach dem Abgang der Kanzlerin trauen die Wählerinnen und Wähler der Union nicht mehr zu, diese Umbauten kompetent zu meistern. Davon profitierten die Freien Demokraten, die als einzige im bürgerlichen Lager die Notwendigkeit einer umfassenden Modernisierung, vor allem bei der Digitalisierung betonten. Um die Rolle des Reformmotors bewerben sich auch die Grünen, die vor allem die Klimakrise schneller und entschlossener anpacken wollen. Zurecht oder zu Unrecht werden die beiden aber außerhalb ihrer Milieus als Parteien der Wohlhabenden und Wohlmeinenden verstanden, denen die sozialen Kosten der Transformation egal sind. Mit der Kombination aus „Respekt für alle“ und „Anpacken mit Kompetenz“ versprechen die Sozialdemokraten, die breite Mehrheit in die Transformation mitzunehmen, indem sie die echten oder wahrgenommenen Verlierer entschädigen. Wahlentscheidend war, dass die Wählerinnen und Wähler es Olaf Scholz zutrauen, die anstehenden Umbauten kompetent, durchsetzungsfähig und sozial ausgewogen zu gestalten.

Mit einer ähnlichen Kombination aus „Zupacken und Zugewandt-sein“ hatte bereits Joe Biden die US-Wahlen für sich entschieden. Mit „Build Back Better“ beendet der neue Präsident die neoliberale Ära und macht den Neo-Keyne-

¹ Marc Saxer leitet das Asienreferat der Friedrich-Ebert-Stiftung und ist Mitglied der SPD Grundwertekommission.

sianismus zur Richtschnur seiner Regierung. Mit dem Rückzug aus Afghanistan zieht er einen Schlussstrich unter die Epoche des humanitären Interventionismus, um die Ressourcen Amerikas auf den Wiederaufbau zuhause und die geopolitische Herausforderung in Asien zu konzentrieren. Im Wettstreit zwischen den USA und China werden Wirtschaftsbeziehungen politisiert, Marktzugänge beschränkt und Verbündete unter Druck gesetzt.

Diese Paradigmenwechsel in der Wirtschafts-, Außen- und Sicherheitspolitik bestimmen die Spielräume der deutschen Regierung, noch bevor diese ins Amt kommt. Die neue Regierung steht also vor der Jahrhundertaufgabe, die Große Transformation schneller, entschlossener und disruptiver, aber zugleich politisch einbindend, sozial abfedernd und kulturell demütig zu gestalten. Eine Ampelkoalition kann den sozial-ökologisch-digitalen Fortschritt beschleunigen und zugleich politische Stabilität und soziale Balance halten.

Transformativer Realismus

So, wie in den letzten Jahren Politik gemacht wurde, kann das jedoch nicht gelingen. Für den Umbau der Art wie wir leben, produzieren, konsumieren, wohnen oder uns fortbewegen ist der technokratische Inkrementalismus der Merkeljahre zu zögerlich. Unter normalen Umständen funktioniert das Zerlegen der Krisen in bearbeitbare Sachprobleme, die Schritt für Schritt einer Lösung zugeführt werden, gar nicht mal schlecht. Die multiplen Krisen unserer Zeit lassen sich aber nicht mehr durch das Nachjustieren einiger Stellschrauben lösen, weil sie zusammenhängen, sich gegenseitig verstärken und sich zu einer Großkrise verdichten, die alle gesellschaftlichen Subsysteme gleichzeitig erfasst. Eine Systemkrise kann man aber nicht mit alten Rezepten lösen. Um die Große Transformation zu gestalten, braucht es den Mut für echte Politikwechsel.

Aus Frustration über das mutlose Weiter-so von Staat und Wirtschaft haben sich viele Progressive einem moralischen Aktivismus verschrieben, der Krisen vor allem als ethisches Versagen der Individuen versteht. Wenn nur

genügend Individuen ihr Verhalten änderten, verändere sich in der Summe die Welt. Und tatsächlich konsumieren, reisen und wohnen ja bereits heute Millionen von Menschen klimagerecht. Der moralische Aktivismus hat allerdings zwei blinde Flecken: Weil politische Auseinandersetzungen immer eingebettet sind in soziale Kämpfe um die gesellschaftliche Hegemonie, werden von den potentiellen Verlierern moralische Belehrungen als Missachtung ihres Lebensstils und Verbote als Bevormundung empfunden. In einer freiheitlichen Grundordnung haben aber erstens alle Individuen das Recht, zu sagen: „Nein, ich will nicht“. Wenn jedoch auf jeden Klimaaktivisten ein Klimaleugner kommt, und auf jeden Geimpften ein Querdenker, dann bewegt sich in der Summe viel zu wenig. Zweitens bleiben durch den Fokus auf die Individuen und ihre Lebensstile die Machtkonzentrationen, die die Produktionssysteme, die Kapitalmärkte und den Energiesektor strukturieren, verborgen.

Wo der technokratische Inkrementalismus politische und soziale Widerstände antizipiert und sich deswegen im mutlosen Klein-Klein verzettelt, ist der moralische Aktivismus blind für die politische Ökonomie und erschöpft sich daher in der leeren Geste der Symbolpolitik.

Um den großen Umbau politisch zu gestalten, brauchen wir also einen neuen Politikmodus: den Transformativen Realismus. Der Transformative Realismus versteht Pfadwechsel als Ergebnis gesellschaftlicher Kämpfe zwischen den Beharrungskräften des Status Quo und fortschrittlichen Kräften, die den Wandel vorantreiben. Da keine gesellschaftliche Gruppe auf sich allein gestellt die Machtmittel hat, um die erforderlichen Politikwechsel herbeizuführen, können die zur Überwindung der multiplen Krisen notwendigen Umbauten nur durch breite gesellschaftliche Allianzen durchgesetzt werden.

Bündnispolitik ist natürlich nichts Neues, sondern wird im progressiven Lager seit längerem diskutiert. Aber weder die Mosaiklinke noch die Bewegungslinke, weder die intersektionalen noch die linkspopulistischen Allianzen sind breit genug aufgestellt, um in den großen

Richtungskämpfen bestehen zu können. Denn schmale Bündnisse zwischen Gruppen mit kompatiblen Interessen und Weltansichten sind zu schwach, um sich behaupten zu können und klassenübergreifende Bündnisse zubrechen meist schnell an den gegensätzlichen Interessen und Identitäten der Bündnispartner.

Die Plattformen des Transformativen Realismus sind breit angelegt, um Menschen mit unterschiedlichen Interessen, Identitäten, Weltansichten und Werten zusammenzubringen, grenzen sich aber von den extremen Rändern ab. Der entscheidende Unterschied liegt darin, wer diese Plattformen definiert. Denn in den meisten progressiven Ansätzen dominiert die Kritische Bildungselite² die öffentlichen Debatten, formuliert die Sachlösungen und setzt damit die Agenda. Diese Agenda reflektiert jedoch in erster Linie die Ängste und Hoffnungen, das Weltbild und den Lebensstil der Kritischen Bildungselite. Wirft sich ein gesellschaftliches Milieu jedoch in den Gestus der moralischen Avantgarde, ruft dies reaktionäre Gegenkräfte auf den Plan. Befürworter und Gegner des Wandels neutralisieren sich dann in moralischen Schreikämpfen. Der Versuch, der Gesellschaft eine avantgardistische Agenda überzustülpen, muss also an den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen scheitern.

Das heißt nicht, dass die Kritische Bildungselite keine Rolle zu spielen hat. Ihre Expertise, aber auch ihre Leidenschaft, sind unverzichtbar. Sie muss aber zum Kompromiss mit den anderen Lebenswelten bereit sein, denn nur eine breite transformative Allianz ist in den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen durchsetzungsfähig. Höchste Zeit also, die Kulturklassenbrille abzulegen, und vermeintliche

Selbstverständlichkeiten auf ihre gesellschaftliche Anschlussfähigkeit hin zu überprüfen.

Der Green New Deal

Wie eine breite Plattform für eine transformative Allianz aussehen kann, lässt sich auf dem klimapolitischen Feld studieren. Rufe nach der Klimarevolution erreichen außerhalb der Kritischen Bildungselite kaum jemanden, oder schrecken viele sogar ab. Aber auch das Bündnis für grünes Wachstum zwischen Klimaaktivisten, Technokratie, Kapitalmärkten und Technologieunternehmen ist noch nicht breit genug. Denn die französischen Gelbwesten haben gezeigt: Wer die Rechnung ohne die Verlierer des Strukturwandels macht, erntet Proteste, die den Klimaschutz aus der Bahn werfen. Nur ein echter Green New Deal, der die Verlierer des Strukturwandels kompensiert, ist quer durch die meisten Lebenswelten der deutschen Gesellschaft anschlussfähig.

Die sozial-ökologische Transformation wird also nur gelingen, wenn wir die Mitte der Gesellschaft mitnehmen. Das kann nicht über einen kompromisslosen Avantgardismus funktionieren, sondern nur auf einer breiten Policy-Plattform, auf der sich möglichst viele Lebenswelten versammeln können.

Nach dieser Formel „Transformation beschleunigen, indem man ihre soziale Basis verbreitert“ lassen sich auch auf anderen politischen Feldern transformative Plattformen für breite gesellschaftliche Allianzen konstruieren. Wie das aussehen kann soll im Folgenden am Beispiel der Plattform des „hegenden und pflegenden Gärtnerstaates“ durchgespielt werden.

Der hegende und pflegende Gärtnerstaat

Im Zuge des neoliberalen Rückbaus des Staates sind große Teile der Daseinsvorsorge der Marktlogik unterworfen worden. Die Coronakrise hat die Verletzlichkeit unseres Gemeinwezens offenbart. Viele Menschen fragen sich, ob es wirklich so klug war, unser Zusammenleben dem Diktat des Marktes zu übergeben. In der Pandemie suchten daher Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen Schutz beim Staat.

2 In ihrer großangelegten Studie „Was verbindet, was trennt die Deutschen? Werte und Konfliktlinien in der deutschen Wählerschaft im Jahr 2017 (Hans-Böckler-Stiftung, Berlin 2018)“ kombinieren Rita Müller-Hilmer und Jérémie Gagné die sozioökonomische Klassenlage, die lebensweltlichen Moralvorstellungen und die ideologischen Ordnungsvorstellungen, um neun politische „Typen“ oder Lebenswelten herauszuarbeiten: Das Engagierte Bürgertum (18 Prozent der Bevölkerung), die Kritische Bildungselite (9 Prozent), die Konservativen Besitzstandswahrer (10 Prozent), die Zufriedene Generation Soziale Marktwirtschaft (16 Prozent), die Verunsicherten Leistungsindividualisten (9 Prozent), die Gesellschaftsfernen Einzelkämpfer (13 Prozent), die Desillusionierte Arbeitnehmer*innen (10 Prozent), die missachteten Leistungsträger (10 Prozent), und das Abgehängte Prekariat (5 Prozent). Mit diesen Lebenswelten lässt sich präzise beschreiben, welche Kräfte auf welchem politischen Feld den Status quo verteidigen – und wo sich potenzielle Verbündete für eine transformative Allianz finden lassen.

Wie geht es nun weiter? Zieht sich der Staat, wie schon nach der Finanzkrise 2008, wieder aus der Wirtschaft zurück? Möglich. Doch strukturelle Trends sprechen eher für die Neujustierung des Verhältnisses zwischen Staat, Markt und Zivilgesellschaft. Der Staat wird sich langfristig engagieren müssen, um die Wirtschaft auf einen nachhaltigen Wachstumspfad zurückzuführen. Auch die Jahrhundertaufgaben Klimaschutz und Digitalisierung werden ohne kräftiges staatliches Umsteuern nicht zu bewältigen sein. Weltweit kehrt daher der Staat als Investor in Infrastruktur, als Daseinsversorger in der Fläche, als industriepolitischer Wegweiser, als kompetenter Krisenmanager und als soziale Rückversicherung zurück.

Eine gesunde Wirtschaft gleicht einem sorgsam gepflegten Garten. Der Staat sollte sich daher als Gärtner verstehen: sähen, wässern, aufziehen, schützen und zurechtstutzen. Das bedeutet, mit einer Weltklasse-Infrastruktur, vor allem in Wissenschaft und Forschung, die Grundlagen für die Wissensökonomie von morgen legen. Mit klugen steuerlichen Anreizen innovativen Industrien zum Durchbruch zu verhelfen. Durch eine zupackende Industriepolitik junge Technologieunternehmen aufzupäppeln und mit wachsamem Investitionsschutz vor dem Ausverkauf zu schützen. Den Bürgerinnen und Bürgern durch die Bereitstellung erstklassiger Daseinsvorsorge in der Fläche die Angst vor dem rasanten Wandel zu nehmen. In den ländlichen Gebieten, aber auch in den Rustbelts der postindustriellen Städte zu investieren: in Mobilität durch den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, in die Grundversorgung mit Postdienstleistungen und Glasfaserkabeln, in öffentliche Begegnungsorte wie Schwimmbäder und Sportvereine sowie in Kulturinstitutionen wie Theater und Museen. Um den Ängsten der Menschen entgegenzuwirken, braucht es sowohl eine Stärkung der Polizei als auch der sozialen Sicherungssysteme. Um sich den Herausforderungen der Digitalisierung zu stellen, muss der Staat die Infrastruktur für 5G-Kommunikation bereitstellen und das Bildungssystem radikal reformieren. Um die sozial-ökologische Transformation voranzutreiben, muss der Staat die Energiewende vorantreiben, Wasserstofftechnologie fördern und ein smartes

Stromnetz aufbauen. Schließlich sollten Monopole entschlossen aufgebrochen und Steueröasen trockengelegt werden.

Der Gärtnerstaat ist handlungsfähig, partizipativ und subsidiär. Öffentliche Aufgaben sollten so nah wie möglich an den Bürgerinnen und Bürgern erledigt werden. Das bedeutet, die Kommunen finanziell und personell in die Lage zu versetzen, wieder zum zentralen Forum für die Gestaltung der unmittelbaren Lebenswelt zu werden. Der ermöglichende Gärtnerstaat gibt seinen Bürgerinnen und Bürgern die Mittel an die Hand, damit sie selbst über ihr Schicksal entscheiden können. Der Gärtnerstaat setzt auf die Innovationskraft der Unternehmen, setzt dem Markt aber auch Anreize und Grenzen, um den Wandel in die richtige Richtung zu lenken. Der Gärtnerstaat entdämonisiert den Nationalstaat als zentralen Ort demokratischer Willensbildung und kollektiver Identität. Er treibt aber zugleich die politische Union Europas voran und stärkt die multilateralen Institutionen. Wo nationale Egoismen die Kooperation zwischen den Nationalstaaten verhindern, fördert er die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Städten und Regionen.

Das politische Ziel des Gärtnerstaates ist es, die Gesellschaft aus dem Würgegriff der Austerität zu befreien. Denn nur der handlungsfähige Staat ermöglicht, was progressive Politik im Kern bedeutet: die Gestaltung der Gesellschaft. Der Gärtnerstaat investiert mit einer hervorragenden Infrastruktur, Daseinsvorsorge, Bildung, und Wissenschaft in die Zukunft. All dies ist nur möglich durch eine bessere finanzielle Ausstattung der Länder und Kommunen. Für die Finanzierung des großen Umbaus ist es ein echter Glücksfall, dass der Staat sich gerade am Kapitalmarkt zu Negativzinsen mit Geld versorgen kann. Nutzt man einen Staatsfonds für die Rente und Sonderabschreibungen für Investitionen in Klimaschutz, ist das mit der Schuldenbremse vereinbar, weil der Staat Vermögenstitel erwirbt.

Welche gesellschaftliche Allianz würde diese neue Rolle des Staates unterstützen? Staatlichen Schutz und Umverteilung fordern die Zufriedene Generation Soziale Marktwirtschaft, die

Missachteten Leistungsträger und das Abgehängte Prekariat. Eher autoritäre Erwartungen an eine starke und zügige politische Führung hat die Desillusionierte Arbeitnehmermitte. In den Sozial- und Wirtschaftswissenschaften zeichnet sich größere Unterstützung für den handlungsfähigen Staat ab. Industrie und Industriegewerkschaften könnten sich mit einem stärker investierenden und konsumierenden Staat arrangieren, wenn damit die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Volkswirtschaften in einem protektionistischen globalen Umfeld einhergeht. Die Rückkehr der öffentlichen Hand in die Fläche dürfte auch Anhänger in den ländlichen Gebieten und bei Mittelständlern finden, die auf den deutschen Markt angewiesen sind. Auch die Klimaaktivisten wünschen sich einen zupackenden, pfadbrechenden Staat.

Ob sich die liberale Mittelschicht mit einer aktiveren Rolle der öffentlichen Hand anfreunden kann, ist ungewiss. Bei der Kritischen Bildungselite und im Engagierten Bürgertum herrscht Skepsis gegenüber dem Nationalstaat, vor allem in Bezug auf die Rolle der Sicherheitskräfte. Das Engagierte Bürgertum sieht zudem wenig staatlichen Handlungsbedarf beim sozialen Ausgleich und lehnt staatliche Eingriffe in die Wirtschaft eher ab. Nach dem Ende des marktkonformen Staates darf es daher kein Zurück zum korporatistischen Staat oder gar zum Kommandostaat der Vergangenheit geben. Zustimmung wäre dagegen möglich zu einer vorausschauenden Steuer- und Industriepolitik, welche die sozial-ökologisch-digitale Transformation vorantreibt, aber auch demokratiefindliche Monopolstellungen in der Plattformökonomie durch eine robustere Anwendung des Wettbewerbsrechts aufbricht. Um den anregenden, aber letztlich subsidiären Gärtnerstaat herum könnte sich eine breite gesellschaftliche Allianz versammeln.

Diese veränderte Rolle des Staates erleichtert das Schließen neuer politischer Bündnisse. Die Investitionen in den ökologischen Umbau adressieren das zentrale Anliegen der Grünen. Für Sozialdemokraten bedeutet die Wiederkehr des keynesianischen Instrumentariums nach Jahrzehnten angebotsorientierter Sparpolitik die

Rückkehr des gestaltungsfähigen Staates. Konservativere Sozialdemokraten werden durch die Stärkung der Gemeinschaft und mehr Investitionen in die innere Sicherheit angesprochen. Hinter dem New Public Deal, der Rückkehr der Daseinsvorsorge in die Fläche, können sich Sozialdemokraten und Grüne versammeln. Zugleich ist der Fokus auf öffentliche Investitionen auch für Umverteilungsskeptiker attraktiv. Die Liberalen wären für einen monopolbrechenden Staat zu gewinnen, der wieder echten Wettbewerb auf den vermacheten und verfilzten Märkten ermöglicht. Der handlungsfähige, partizipative und subsidiäre Gärtnerstaat, der die sozial-ökologische Transformation beherzt vorantreibt, ist also die Plattform, auf der sich ein politisches Bündnis für den Fortschritt versammeln kann.

Mit der Formel „Zupacken plus Zusammenhalt“ lassen sich weitere Plattformen für transformative Allianzen bauen. Die Plattform der „Menschengerechten Wirtschaft“ nimmt die Menschen mit in die digitale Automatisierung. Die „Solidarische und souveräne Schutzmacht Europa“ ist die Plattform, auf der Europa sich nach innen reformieren und nach außen behaupten kann. Und die „lebenswerten Heimaten“ stärken den sozialen Zusammenhalt in der Einwanderungsgesellschaft.

Transformationen gelingen nur, wenn man die breite Mitte der Gesellschaft mitnimmt. Fühlt sich die breite Mehrheit sicher genug, um den Aufbruch zu wagen, lassen sich die großen Umbauten beherzt vorantreiben. ■